

10.07.2018 15:05

Schweiz - EU - Österreich wünscht sich pragmatische Lösung bei Meldepflicht

(sda apa) Der österreichische Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka wünscht sich für österreichische Firmen, die kurzfristig Angestellte in die Schweiz schicken, eine "pragmatische" Lösung bei der Meldepflicht. Entsprechende Verbesserungen seien von grosser Wichtigkeit.

Sobotka traf am Dienstag in Wien mit Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter (FDP/SG) und Nationalrätin Kathy Riklin (CVP/ZH) zusammen. Österreich sei die Weiterentwicklung der Beziehungen der EU mit der Schweiz ein "besonderes Anliegen", sagte Sobotka nach Angaben der Parlamentskorrespondenz bei dem Treffen.

Der österreichische EU-Ratsvorsitz wolle den Verhandlungen über ein Rahmenabkommen besonderes Augenmerk schenken, sagte der ÖVP-Politiker. Sobotka hob den Schweizer Kohäsionsbeitrag an die EU als "wertvoll und substanziell" hervor.

Kommende Woche will Sobotka in Bregenz Ständerat Filippo Lombardi (CVP/TI) treffen, den Präsidenten der Aussenpolitischen Kommission der kleinen Kammer. Im September wird Nationalratspräsident Dominique de Buman (CVP/FR) in Wien erwartet.

Die Schweiz verhandelt mit der EU über ein Rahmenabkommen und strebt für den kommenden Herbst eine Einigung an. Einer der Knackpunkte ist die 8-Tage-Regelung: Firmen aus der EU müssen einen Auftrag in der Schweiz mindestens acht Tage im Voraus den Behörden melden, um Lohnkontrollen zu ermöglichen.